

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

D/XXIV/135

Bonn, den 21. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Europa und die Deutsche Sozialdemokratie 76

Von Bundesminister Professor Dr. Carlo Schmid,
Mitglied des Präsidiums der SPD

2 - 4 Vorbildliche Altenhilfe 134

Wie Bremen seinen Bürgern hilft, mit dem Problem
des Altwerdens besser fertig zu werden

5 - 6 London und die Rebellenkolonie Rhodesien 65

Geheimagenten gegen Sanktionsbrecher

Von Hans Joachim Werbke, London

Europa und die Deutsche Sozialdemokratie

Von Bundesminister Professor Dr. Carlo Schmid,

Mitglied des Präsidiums der SPD

Für die SPD ist Europa nicht erst seit 1945 ein politisch anzustrebendes Ziel. Seit diese Partei besteht, hat sie europäisch gedacht - auch 1870 als der Nationalismus seine verhängnisvollen Raubzüge antrat. Sie hat in der Bildung europäischer Institutionen, darin Teilstücke der nationalen Souveränität aufzugehen hätten, mehr gesehen als eine menschenfreundliche Utopie: Eine Notwendigkeit für den Frieden des Kontinents, ohne den auf die Dauer kein menschenwürdiges Leben möglich ist. Schon im Jahre 1880 hat August Bebel einen europäischen Areopag gefordert, dessen Sprüche die Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich auflösen sollten um des Friedens der Welt willen. Das Verhältnis Deutschlands und Frankreichs zueinander ist den Sozialdemokraten immer als einer der Schlüssel zum Weltfrieden erschienen.

Im Heidelberger Programm von 1925 hat die Partei sich zu einer Politik bekannt, in deren Ziellinie die Vereinigten Staaten von Europa stehen sollten: Sie trat ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen

- * "zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit,
- * für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur
- * Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen".

Statt der Vereinigten Staaten von Europa kam der zweite Weltkrieg und als er zu Ende war, war halb Europa verwüstet, lag Deutschland zerstückelt am Boden, verstümmelt und verheert, und was schlimmer war: Es stand im Ruf eine Schande und Schmach des Menschengeschlechtes und ein unheilbarer Friedenstörer zu sein, dem man jede Möglichkeit, neu auszubrechen, nehmen müsse. Der Morgenthau-Plan und was damit zusammenhängt, setzte sich zum Ziel, das deutsche Volk für immer materiell daran zu hindern, seine wirtschaftlichen und politischen Kräfte zu Angriffen auf seine Nachbarn zu mißbrauchen. Sein schwerindustrielles Potential sollte gelähmt und politisch sollte Deutschland auf Jahrzehnte hinaus ein Vakuum unter der Oberhoheit von Siegermächten werden, die glaubten, mit der Charta der Vereinten Nationen genug für die Erhaltung des Weltfriedens und die friedliche Kooperation der Völker getan zu haben und sich zunächst nicht viel Gedanken über das Schicksal Europas machten.

Doch bald erhoben sich Stimmen Einsichtiger, die meinten, die Stunde verlange mehr als nur die Entmachtung der Deutschen; die geschichtliche Erfahrung zeige, daß polizeistaatliche Außenpolitik wenig Aussicht auf Bestand habe. An die Stelle der Repression müsse die Solidarität treten, eine Solidarität aller, die auch - um der

Zukunft willen - die Deutschen mit einschließen müsse.

Diese Vorstellungen orientierten sich an zwei Dingen: Einmal der weltpolitischen Notwendigkeit, eine Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Winston Churchill forderte im September 1946 in Zürich in einer berühmt gewordenen Rede die Vereinigten Staaten von Europa: "Die Zeit ist vielleicht knapp... Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren". "Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich sein". Damit waren ein Ziel und ein Weg abgesteckt. Die Landmarken stehen noch immer.

Der andere Ansatzpunkt war die Erkenntnis, daß der Friede in der Welt nicht gesichert werden kann, wenn die reichen Vereinigten Staaten von Amerika nicht die Europäer in den Stand setzten, sich wirtschaftlich selber weiterhelfen zu können. In diese Hilfe sollten auch die Deutschen mit eingeschlossen werden. Diese umfassende amerikanische Hilfsaktion, der Marshall-Plan vom Juli 1947, hatte, formal betrachtet, mit Projekten für die Vereinigten Staaten von Europa nichts zu tun. Doch diese großzügige Initiative von Regierung und Volk der Vereinigten Staaten hat dazu geführt, den Völkern und Regierungen Europas deutlich zu machen, daß nationaler Egoismus und Behalten-wollen, was man hat, nicht die einzige Triebfeder der Politik zu sein brauchen, und daß Solidarität, auch wenn sie einseitige Opfer fordert, weiter zu führen vergag als das nationalistische Kalkül der Machtpolitik alten Stiles, das profitliche Feilschen um Interessen und das Stark-sein-wollen durch die Schwäche des Nachbarn.

Diese beiden Erkenntnisse haben eine mächtige Bewegung der öffentlichen Meinung in den europäischen Ländern ausgelöst. Es bildeten sich Vereinigungen, die für Europa warben. Sie konnten sich auf die Zustimmung weitester Bevölkerungskreise stützen, vor allem in den kleineren Ländern Europas und in Deutschland. Es gibt sie noch heute und zu den Unionen der Zeit des Beginns ist, als europäische Politik ins Stockengeriet, das Konnetkomitee hinzugekommen, das aus der Europapolitik nicht mehr wegzudenken ist und an dessen Arbeiten Sozialdemokraten hervorragend beteiligt sind.

Vor diesem historischen Hintergrund ihrer Bemühungen um ein geeintes Europa wird die Deutsche Sozialdemokratie auch in Zukunft das drängende Element auf dem Wege nach Europa bleiben.

+ + +

helfen zu entdecken, daß auch diese Lebensphase noch zahlreiche positive Möglichkeiten bereithält.

Die Altenerholung ist nach allen Erfahrungen eines der besten Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe.

Es geht bei ihr also nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie um die körperliche Erholung, sondern um die psychische Wirkung einer Unterbrechung des Alltages, neuer Eindrücke und Erlebnisse. Es geht nicht zuletzt auch um die Möglichkeiten der Begegnung und des Gesprächs mit anderen alten Menschen, die der gemeinsame Ferienaufenthalt bietet. Mit besonderer Freude wird immer wieder festgestellt, daß zu den "Früchten" der Altenerholung zahlreiche anhaltende Bindungen zwischen den alten Menschen - einzeln oder in einer Gruppe - gehören. Weil der Erholungserfolg in erster Linie in der geistig-psychischen Aktivierung gesehen wird, dauern die Ferienaufenthalte 2 Wochen. Sicherlich würde eine längere Dauer mehr physische Erholung bewirken, doch zeigt die Erfahrung, daß die meisten Gäste sich nicht entschließen können, länger als zwei Wochen von zu Hause fernzubleiben.

Heidelbeck und Krainhagen

"Himmliche Ruhe und herrliche Luft" - so charakterisierte einer der Teilnehmer seinen Ferienaufenthalt im Weserbergland. Und er fügte hinzu: "Gute Unterkünfte und gute Verpflegung".

Die Erholungsfahrten führen seit ihrem Beginn in zwei kleinere Orte im Weserbergland - Heidelbeck und Krainhagen -, die klimatisch und landschaftlich für alte Menschen besonders geeignet sind. Die Teilnehmer werden dort in Privatpensionen untergebracht, nur die An- und Abreise erfolgt gemeinsam. Die Erholungssuchenden leben also am Erholungsort wie andere Urlauber - ohne jeden Gruppenzwang. Da man sich aber von der gemeinsamen Anreise her kennt, ergeben sich schnell und zwanglos Kontakte.

"Möge dieses schöne Werk ewig bestehen bleiben", schrieb einer der ersten Mitreisenden. Es war am 3. Mai 1960, als die ersten sechzig alten Menschen ins Weserbergland reisten. Die Anregung für die Altenerholung kam 1959 aus dem Sozialamt. Sie wurde von allen Beteiligten aufgenommen - besonders von der Deputation für das Wohlfahrtswesen und ihrer damaligen Sprecherin Anna Stiegler - und schon 1960 nicht nur einer der wesentlichen Programmpunkte des bremischen "Altenplanes", sondern bereits Wirklichkeit.

Bremen war damit eines der ersten Länder der Bundesrepublik, das seinen alten Bürgern eine solche Hilfe bot. Heute ist die Altenerholung allgemein als wesentlicher Faktor moderner Altenhilfe anerkannt.

Erfreuliche Entwicklung

1960 standen 660 Plätze zur Verfügung. Aufgrund der Nachfrage wurden die Haushaltsmittel für diese Maßnahme bereits für das Jahr 1961 verdoppelt, 1961 konnte über 1300 alten Menschen eine Erholung ermöglicht werden. 1969 standen rund 1700 Plätze für alte Menschen aus Bremen zur Verfügung. Die für Bremerhaven bereitgestellten Mittel ermöglichen es rund 570 alten Menschen, an den vom Magistrat organisierten Altenerholungsmaßnahmen teilzunehmen.

Die kontinuierliche Erhöhung der im Haushalt des Landes Bremen bereitgestellten Mittel hat es nach Befriedigung des starken Nachschbedarfes, der die ersten Jahre der Altenerholung kennzeichnete, möglich gemacht, einem Wunsch vieler Teilnehmer zu entsprechen: die Teilnahme an einem Ferienaufenthalt ist nun alle zwei Jahre möglich.

Diese Altenerholung ist keine Hilfe, auf die nach den Bestimmungen

des Bundessozialhilfegesetzes ein Anspruch besteht, sondern eine freiwillige soziale Leistung. Insgesamt hat das Land Bremen bisher 2,8 Mill. DM für diese Aufgabe aufgewendet.

Wer kann mitfahren?

An der Altenerholung kann jeder alte Mensch teilnehmen, der reise- und nicht pflegebedürftig ist. Die Altenerholung ist - im Unterschied zu anderen speziellen Maßnahmen - nicht für Kranke oder für Personen, denen ein bestimmter Gesundheitsschaden droht, bestimmt, sondern für rüstige alte Menschen. Die Teilnehmer müssen je nach der Höhe ihres Einkommens einen Kostenbeitrag leisten. Dieser beträgt z.B. bei einem monatlichen Renteneinkommen - nach Abzug der Miete - von 400 DM für einen Alleinstehenden nur 50 DM, für ein Ehepaar nur 35 DM. Finanziell kann sich jeder alte Mensch eine Teilnahme "leisten".

Tagesausflüge

Seit Beginn der Altenerholung ergänzen die Tagesausflüge in die nähere Umgebung Bremens die Ferienaufenthalte im Weserbergland. Diese Fahrten waren ursprünglich für die alten Menschen bestimmt, deren Anträge auf Teilnahme an einem Ferienaufenthalt aus Platzmangel nicht berücksichtigt werden konnten oder sich aus persönlichen Gründen nicht zu einer vierzehntägigen Reise entschließen können. Heute sind diese Ausflüge häufig "Wiedersehensfahrten" der Teilnehmer an Ferienaufenthalten und tragen so mit dazu bei, Kontakte zwischen diesen alten Menschen zu festigen und zu pflegen.

Über 800 Menschen haben auch in diesem Jahre die Möglichkeit, an einem solchen Ausflug kostenlos teilzunehmen. Insgesamt haben bisher rund 7000 alte Menschen an diesen Ausflügen teilgenommen.

"Ferien vor der Tür" - Altenkuren

Dieser Bericht wäre unvollständig, wenn er nicht die in den letzten Jahren entwickelten Maßnahmen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege erwähnen würde, weil sie zusammen mit der Altenerholung des Sozialamtes ein Angebot an unsere alten Mitbürger darstellen, das ihren unterschiedlichen Wünschen und Möglichkeiten weitgehend entgegenkommt. Neben der Altenerholung des Sozialamtes sind die von der Arbeiterwohlfahrt seit 1968 als "Ferien vor der Tür" durchgeführten drei- und fünf-tägigen Stadterholungen in Steinkimmen und die seit vielen Jahren von mehreren Verbänden organisierten Altenerholungskuren im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe und der Krankenhilfe mit einer Dauer von drei bis vier Wochen wesentliche Faktoren dieses Angebotes.

Kein Almosen

Was zu Beginn ein Experiment war, ist heute selbstverständlich. Das gilt für die Altenerholung wie für viele andere Experimente. Sie kann aber nicht bedeuten, daß es sich nicht mehr lohnt, von der Altenerholung zu sprechen. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, unseren älteren Mitbürgern immer wieder zu helfen, die Möglichkeiten des Alters zu entdecken, damit sie die Forderungen dieser Lebensphase ohne falsche Resignation bewältigen können. Dazu gehört aber in besonderem Maße die Information über die Hilfen der Gesellschaft für sie, ebenso wie die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit, daß es sich bei diesen Hilfen nicht um Almosen handelt, sondern um die Erfüllung einer Verpflichtung, die sich aus der Zusammengehörigkeit aller Altersgruppen ergibt.

London und die Rebellenkolonie Rhodesien

Geheimagenten gegen Sanktionsbrecher

Von Hans Joachim Werboke, London

Wie sehr sich auch Premierminister Harold Wilson hintenüber gebeugt hatte, um dem Rebellenregime des Ian Smith in Rhodesien eine Brücke zu bauen, über die die Kolonie mit der Zeit in eine viel-rassige Gesellschaft hinübergeführt worden wäre, - Smith und seine Anhänger entschieden sich, die Rebellion gegen die Krone bis zur Ausrufung einer Republik auf der Basis einer Apartheid-Verfassung zu ende zu bringen. Mitte Juni sprachen sich 55.000 gegen 21.000 Stimmberechtigte im smithschen Sinne aus; die rund 4 1/2 Millionen Afrikaner waren in dem Referendum, das den Begriff "Volksabstimmung" nicht verdient, durch 6.600 Stimmberechtigte repräsentiert. Für London war der Ausgang des Referendums Grund, die letzten Kontakte offizieller Natur abzubrechen. Dem eiligst einberufenen Commonwealthsanktionskomitee gelobte die Regierung, mit größerer Wachsamkeit auf die Einhaltung des Wirtschaftsembargos zu achten, das für alle UNO-Mitglieder verbindlich ist.

Seither verläuft das Räuber- und Gendarm-Spiel zwischen der Londoner Regierung und den Sanktionsbrechern mit größerer Publizität als früher. Der jüngste Blockadebrecher, ein in Cypern registriertes Frachtschiff namens Goodwill, ist nicht in Rostock (wie zunächst vermutet), sondern in Stettin gelandet, an Bord für rund 300.000 Pfund, etwa 3 Millionen DM, Tabak, der laut Schiffspapieren aus Sambien stammt, aber aller Wahrscheinlichkeit rhodesischen Ursprungs ist. Es ist nicht erwiesen, daß die Ladung in Polen gelöscht wurde. Wenn sie noch dieselbe ist, wird sie in Rotterdam geprüft werden, dem nächsten Ziel des Frachters. Bezeichnend bleibt, daß die Polen, obwohl das Schiff mit großer Publizität beobachtet wurde, dem Sanktionsausschuß der Vereinten Nationen eine lange Nase gezeigt haben.

Der 2. Jahresbericht des UN-Sanktionskomitees ist voll von ähnlichen Beispielen wie der Verfolgung der "Goodwill". Sobald die britische Regierung über ihre Geheimagenten Wind bekommt von Sanktionsbrechern, meldet sie den Verstoß mit so viel Beweismaterial wie vorhanden dem UN-Sanktionskomitee, das seinerseits den Generalsekretär informiert. Ihm obliegt die Unterrichtung der Regierung jener Länder, die sich des Sanktionsbruchs schuldig machen. Mit dem Hinweis auf

die Verbindlichkeit des UNO-Beschlusses über das Wirtschaftsembargo gegenüber Rhodesien ruft er zu abstellenden Maßnahmen auf.

Die Deutschen stellen gemäß dem Sanktionsbericht der UNO die heftigsten Blockadebrecher. Während Britanniens Handel mit Rhodesien von 83,7 Millionen Pfund im Jahr 1965 auf 215.000 Pfund im Jahr 1968 zurückging, steigerten die bundesrepublikanischen Händler ihre Ausfuhren von 10,9 Millionen Pfund (1965) auf 12,9 Millionen Pfund (1968). Nur die rhodesischen Einfuhren in die Bundesrepublik nahmen ab. Sie betragen 1965 über 35 Millionen Pfund und machten 1968 lediglich noch 13,2 Millionen Pfund aus. Gleichwohl ist der bundesdeutsche Anteil an dem 44-Millionen-Pfund-Posten in der rhodesischen Zahlungsbilanz, der dem Land durch Blockadebrecher zufällt, schon recht erheblich. Dennoch tun die Bonner Behörden, was in ihren Kräften steht, um den Rhodesienhandel zu unterbinden. Wie heikel jedoch gerade die bundesdeutsche Position in Bezug auf Rhodesien ist, geht aus einer Auskunft hervor, die der deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen erzielte, als die Bundesrepublik Vorhaltungen bekam wegen der Aufrechterhaltung ihrer Konsular- und Handelsvertretung.

In der Antwort wurde erstens der stufenweise Abbau der Handelsvertretung dargestellt; zweitens aber wurde darauf verwiesen, daß in Rhodesien 700 deutsche Staatsbürger sowie 700 ehemalige deutsche Staatsbürger leben, die Anspruch auf konsularischen Schutz haben - namentlich die durch die Naziverfolgung Vertriebenen benötigten ihn für die Abwicklung ihrer Wiedergutmachungsverfahren. Mit der Einbeziehung in die mandatorische Sanktionspolitik gerät die Bundesrepublik in die teuflische Lage, einem Personenkreis noch einmal Schaden zuzufügen, der von dem Vorgängerstaat bereits geschädigt wurde. Allerdings müssen wohl diese siebentundert es in Kauf nehmen, solange sie in einem Polizeistaat wohnen, der der afrikanischen Mehrheitsbevölkerung über Generationen ihre Grundrechte vorzuenthalten entschlossen ist.